

Ersteinst
Dienstag, Donnerstag und Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal:
Durch die Post bezogen 1 Mk. 25 Pf. excl. Bestellgebühr,
frei in's Haus 1 Mk. 50 Pf.
Abonnements werden von sämtlichen Post-Anstalten,
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Telegraph

Inserate
werden in der Expedition:
Berlin W., Rühm-Strasse 87,
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus und den
Agenturen im Kreise angenommen.
Preis
der einfachen Petitzeile oder deren Raum 20 Pf.

Kreis-



Blatt.

Expedition: Berlin W., Rühm-Strasse 87.

Fernsprech-Anschluß: Amt VI, Nr. 671.

Nr. 8. Berlin, Donnerstag, den 18. Januar 1894. 38. Jahrg.

Redaktion und Expedition befinden sich jetzt: Berlin W., Rühm-Strasse 87 + Haus von der Potsdamerstrasse, gegenüber dem Elisabeth-Krankenhaus.

Abonnements
auf das „Telegraph Kreisblatt“
zum Preise von 1 Mk. 25 Pf. (excl. Druckerlohn) werden noch fortwährend von den Kaiserlichen Postanstalten, den Landbriefträgern und unseren Expeditionen entgegengenommen.
Die bereits erschienenen Nummern werden gratis nachgeliefert.
Die Expedition.

Amthliches.

Berlin, den 8. Januar 1894.

Die Zinscheine Reihe IV Nr. 1 bis 10 zu den 2½ procentigen Köthen-Bernburger Eisenbahn-Aktien über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1894 bis 31. Dezember 1903 sowie die Zinscheine Reihe IX Nr. 1 bis 12 zu den 4 procentigen Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Obligationen Lit. A. über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1894 bis 31. Dezember 1899 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihen werden vom 2. Januar 1894 ab von der Kontrolle der Staatspapiere hier selbst, Dranienstraße 92/94 unten links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden. Die Zinscheine können bei der Kontrolle selbst gegen Einreichung der Zinscheinanweisungen mit einfachem Verzeichnisse in Empfang genommen oder durch die königliche Regierungskasse zu Potsdam gegen Einreichung der Zinscheinanweisungen mit doppeltem Verzeichnisse bezogen werden. Formulare zu den Verzeichnissen sind bei den genannten Verwaltungen unentgeltlich zu haben. Im Uebrigen verweise ich auf die im Amtsblatt vom 1893 S. 513 abgedruckte Bekanntmachung der Staatsschuldenverwaltung vom 6. Dezember 1893.
Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 12. Januar 1894.

Der Herr Ober-Präsident der Provinz Brandenburg hat dem Kuratorium der Luisen-Stiftung Charlottenburg die Genehmigung erteilt, in der Zeit vom 1. Januar bis Ende September 1894 in den Ortschaften Charlottenburg, Westend, Schöneberg, Halensee, Grunewald, Groß-Lichterfelde und Wannsee eine Hauskollekte zu veranstalten.
Die mit Einsammlung der Kollekte beauftragten Boten müssen mit entsprechenden Legitimationen, sowie mit paginirten und beglaubigten Sammelbüchern versehen sein und sich vor dem Beginn ihrer Thätigkeit unter Vorlegung ihrer Ausweise bei den betreffenden Ortspolizeibehörden melden.
Der Landrath. Stubenrauch.

Berlin, den 20. Dezember 1893.

Arzneitaxe für 1894.

Die in den Einkaufspreisen mehrerer Drogen und Chemikalien eingetretene Veränderungen haben eine entsprechende Umarbeitung der bisher geltenden Arzneitaxe erforderlich gemacht.
Für Arzneimittel, welche auch in größeren, als den bisher in der Arzneitaxe für die Preisberechnung zu Grunde gelegten Gewichtsmengen häufiger ärztlich verordnet werden, habe ich nach solchen Gewichtsmengen Preise berechnet lassen.
Weiße Blätter dürfen in Zukunft nicht höher als halbmeiße berechnet werden; Lurus-Arzneifässer dürfen nur unter bestimmten, Seite 73 näher angegebenen Bedingungen zur Verwendung gelangen und berechnet werden.
Diese so abgeänderte Arzneitaxe tritt mit dem 1. Januar 1894 in Kraft.
Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Bosse.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Bemerkten zur Kenntnis gebracht, daß die Arzneitaxe durch die R. Gärtner'sche Buchhandlung (Germonn Scheffler) in Berlin, sowie in allen inländischen Buchhandlungen zum Preise von 1,20 Mk. zu beziehen ist.
Potsdam und Berlin, 30. Dezember 1893.
Der königliche Regierungs-Präsident.
Der königliche Polizei-Präsident.

Berlin, den 21. Dezember 1893.

Die schußfreien Tage auf dem Schießplatz der königlichen Artillerie-Prüfungskommission zu Cunnerdors sind für das 1. Quartal des Jahres 1894 wie folgt festgesetzt worden:
Januar: 18., 21., 24., 27., 28., 31.
Februar: 2., 4., 7., 8., 11., 14., 15., 18., 21., 22., 25., 28.
März: 1., 4., 5., 7., 11., 13., 14., 18., 22., 23., 25., 26., 27.
Der Landrath.
J. B. Steiniger,
Regierungs-Präsident.

Wichtiges.

Der Landtag

ist am Dienstag Morgen um 11 Uhr im Weissen Saal in gewohnter feierlicher Weise durch Se. Majestät den König mit folgender Thronrede eröffnet worden:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Indem Ich Sie bei dem Beginn eines neuen Abschnittes der parlamentarischen Thätigkeit begrüße, vertraue Ich, daß das Bestreben Meiner Regierung, den Bedürfnissen des Landes gerecht zu werden, in Ihrer bereitwilligen und einsichtsvollen Mitwirkung auch ferner eine sichere Stütze finden wird.

Die Finanzlage des Staates hat sich noch nicht gehoben. Die Rechnung des Jahres 1892/93 ergibt, wesentlich in Folge des Zurückbleibens der Einnahmen der Staatseisenbahnen gegen den Anschlag, einen Fehlbetrag von rund 25 Millionen Mark, welcher durch eine Anleihe zu decken sein wird.

Die beim Schluß der letzten Tagung des Landtages ausgesprochene Hoffnung, daß der im Voranschlage für das laufende Jahr vorgesehene Fehlbetrag die veranschlagte Höhe nicht erreichen werde, hat sich zwar in Betreff der eigenen Einnahmen und Ausgaben Preußens bestätigt, wird jedoch in Folge des Rückganges der Ueberweisungen des Reiches und der bedeutenden Steigerung der Matrifularumlagen nicht in dem erwarteten Maße erfüllt werden.

In dem Staatshaushalts-Etat für 1894/1895, dessen Entwurf Ihnen alsbald vorgelegt werden wird, erweisen sich die Einnahmen des Staates wiederum als unzureichend zur Deckung des Ausgabebedarfes, und es muß dazu der Staatskredit noch in größerem Umfange in Anspruch genommen werden, als für das laufende Jahr. Dieses unerwünschte Ergebnis war, obgleich bei Bemessung des Ausgabebedarfes die strengste Sparsamkeit obgewaltet hat und obgleich bei den Staatseisenbahnen für das nächste Jahr größere Ueberläufe in Aussicht genommen werden konnten, nicht zu vermeiden, da die Anforderungen des Reiches an die Einzelstaaten in erhöhtem Maße gestiegen sind. Die hieraus erwachsenden Schwierigkeiten können nur durch eine durchgreifende Neuordnung der finanziellen Verhältnisse des Reiches und eine angemessene Vermehrung seiner eigenen Einnahmen gehoben werden.

Die Fürsorge der Staatsregierung für die äußere Lage der Beamten hat sich unter diesen Umständen im Wesentlichen darauf beschränken müssen, das System des Aufstiegens im Gehalt nach Dienstaltersstufen auf die höheren Beamten auszubehnen und die Mittel bereit zu stellen, um dieses System für die mittleren und unteren Beamten gleichmäßig und durch die Mitberücksichtigung diätarischer Dienstzeit günstiger zu gestalten. Für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen nichtstaatlichen mittleren Schulen soll durch eine Vorlage geregelt werden, welche das Ruhegehalt der Lehrpersonen, sowie das Wittwen- und Waisengehalt für ihre Hinterbliebenen zu regeln bestimmt ist.

Auch in diesem Jahre wird Ihnen ein Gesetzentwurf wegen Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes durch Herstellung neuer Eisenbahnlinien zugehen. Um den Unternehmern von Eisenbahnen und Kleinbahnen den Realcredit, dessen sie bisher entbehren, zu eröffnen, bedarf es eines Gesetzes, welches die rechtswirksame Verpfändung des Bahneigentums ermöglicht. Der Entwurf eines solchen wird zu Ihrer Berathung gelangen.

In Folge ungewöhnlicher Dürre im verflohenen Frühjahr sind umfangreiche Landestheile von bedrohlichem Streu- und Futtermangel betroffen worden. Zur Bekämpfung desselben haben im Anschlusse an die Maßnahmen Meiner Regierung die Organe der Selbstverwaltung und die landwirtschaftlichen Vereine, wie Ich gern anerkenne, umsichtig und thatkräftig eingegriffen. Dem diesem Zusammenwirken und der späteren fruchtbareren Witterung ist dem befürchteten Nothstande gesteuert worden.

Mit um so schwererer Sorge erfüllt Mich die schwierige Lage, in welcher aus anderen Gründen die Landwirtschaft zu einem großen Theile sich befindet. Angesichts der hohen Bedeutung der Landwirtschaft für das Staatswohl erkenne Ich es als die Aufgabe Meiner Regierung, nicht nur fortgesetzt das Gedeihen der Landwirtschaft zu fördern, sondern auch eine Gestaltung der Rechtsverhältnisse des ländlichen Besitzes zu erstreben, die ihn in den Stand setzt, auch ungünstige Zeiten zu überwinden.

Ein so schwieriges Werk ist nicht durchführbar ohne die dauernde Mitarbeit selbstständiger, auf öffentlich rechtlichem Grunde ruhender Organe der Berufsgenossen, an welchen es bisher der Landwirtschaft fehlt. Die Herstellung einer allgemeinen korporativen Vertretung der Landwirtschaft ist daher der erste notwendige Schritt zu dem bezeichneten Ziele. Diese Vertretung wird berufen sein, die Hebung der Landwirtschaft durch gemeinsame Einrichtungen zu betreiben, der Regierung als Beirath zu dienen und bei der Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung mitzuwirken, welche auf die Verbesserung des Kreditwesens und die Beseitigung der Uebelstände gerichtet sind, die auf der übermäßigen Verschuldung des Grundbesitzes und den ungeeigneten Formen derselben beruhen.

Zu diesem Behufe wird Ihnen der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung von Landwirtschafts-kammern vorgelegt werden.

In einer Zeit, in der die Unzufriedenheit vielfach geschürt und der Kampf der Meinungen und Interessen mit zunehmender Schärfe geführt wird, gilt es, durch die versöhnliche Wirkung gemeinsamer Arbeit den Ausgleich der Gegensätze zu fördern und ihn zu finden in dem aufrichtigen Streben nach dempfeverrückbaren Ziele, dem Wohle des Vaterlandes.
Dazu gebe Gott Segen und Gelingen!

Rundschau.

* Unser Kaiser und die Kaiserin begaben sich am Sonntag Vormittag kurz nach 9 Uhr nach dem Palais der Kaiserin Friedrich und nahmen dort das Frühstück ein. Von da fuhrten Ihre Majestäten um 10 Uhr nach der Dreifaltigkeitskirche und wohnten dem Gottesdienste daselbst bei. Nach dem königlichen Schlosse zurückgekehrt, empfing der Kaiser sodann den Unterstaatssekretär von Koeller in Audienz. Nachmittags um 2½ Uhr machten die Majestäten eine gemeinsame zweistündige Spazierfahrt. Anlässlich des Todestages des Vaters der Kaiserin, Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, verblieben Ihre Majestäten den Rest des Tages in Zurückgezogenheit im königlichen Schlosse. Zur Abendtafel waren keine Einladungen ergangen. — Am Montag früh machte der Kaiser von 8½ Uhr ab die regelmäßige Promenade durch den Thiergarten und nahm auf dem Rückwege in der Wohnung des Staatssekretärs des Auswärtigen den Vortrag desselben entgegen. Nach dem Schlosse zurückgekehrt, arbeitete Sr. Majestät zunächst mit dem Chef des Geheimen Zivilkabinetts, und hörte sodann die Vorträge des kommandirenden Admirals, des Staatssekretärs des Reichs-Marineamt, sowie des Chefs des Marine-Kabinetts. Im Laufe des gestrigen Vormittags unternahm Se. Majestät eine Ausfahrt nach dem Kurfürstendam. Gegen 4½ Uhr nach dem königlichen Schlosse zurückgekehrt, verblieb Se. Majestät bis zur Abendtafel im Arbeitszimmer. Zur Abendtafel, welche um 7½ Uhr stattfand, waren der deutsche Botschafter in Paris, Graf Münster, und der Chef des Geheimen Zivilkabinetts mit Einladungen beehrt worden. Um 8 Uhr 30 Minuten begab Se. Majestät sich nach dem Anhalter Bahnhofe, empfing daselbst die mit dem Fahrplanmäßigen Zuge um 8 Uhr 53 Min. Abends eingetroffenen Prinzen und Prinzessin Ludwig Ferdinand von Bayern, und geleitete die hohen Gäste nach dem königlichen Schlosse. Nach 10 Uhr Abends begrüßte Se. Majestät im königlichen Schlosse die ebenfalls zum Besuche Ihrer Majestäten hier eingetroffenen Fürsten und Fürstin Georg zu Schaumburg-Lippe. — Am Dienstag Vormittag verblieb der Kaiser zunächst allein, arbeitete sodann von 8½ Uhr ab mit dem Chef des Militärkabinetts, begab sich um 11 Uhr zum Gottesdienste in der Schloßkapelle und eröffnete um 11 Uhr den Landtag der Monarchie. Bald nach 12 Uhr empfing Se. Majestät des Fürsten Hermann zu Hohenfolms-Lich aus Anlaß seiner Meldung zum General à la Suite der Armee. Die Frühstückstafel, an welcher die fürstlichen Gäste Ihrer Majestäten theilnahmen, fand um 1¼ Uhr statt.

— Auf der am 29. d. M. in Paris zusammenretenden internationalen Sanitätskonferenz wird das Deutsche Reich durch den Botschaftsrath von Schön vertreten sein. Demselben wird noch ein Sachverständiger beigegeben werden. Als solcher ist, wie wir hören, das Mitglied des internationalen Gesundheitsraths in Konstantinopel Dr. Mordtmann in Aussicht genommen.

— Nachdem der Steueretat des königlichen Ober-Verwaltungsgerichts entschieden hat, daß auch einmalige Remunerationen und sonstige Vergütungen, welche Beamten für ihre dienstliche Thätigkeit zu bestimmten Zeiten, wie zu Weihnachten oder am Jahreschlusse herkömmlich gewährt werden, zu dem Einkommensteuerpflichtigen Dienstinkommen der Beamten gehören, hat unter dem 16. November v. J. der Minister des Innern die Chefs verschiedener der ihm nachgeordneten Behörden aufgefordert, die ihnen unterstellten Beamten darauf mit dem Bemerkten aufmerksam zu machen, daß die erwähnten Vergütungen als schwankende Einnahmen nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre oder — falls sie noch nicht so lange bestanden — nach dem Durchschnitt des Zeitraums ihres Bestehens mit dem Jahresbeitrage in den Steuererklärungen in Ansatz zu bringen sind.

— Die von den Geistlichen vor oder nach ihrer Ordination als fest angestellte Lehrer in einem öffentlichen Lehrante in Preußen zugebrachte Zeit soll nach dem nächsten Etat der Dienstzeit im kirchlichen Amte gleichgültig werden.

— In einer Versammlung der liberalen Partei Ungarns, die am 15. ds. abgehalten wurde, erklärte der Ministerpräsident Werkele auf eine Anfrage des Grafen Stefan Karolvi, den Wählern gegebene Versprechen seien unbedingt bindend; wenn deren Einhaltung unmöglich werde, so bleibe nur die Mandatsniederlegung übrig. Der Ministerpräsident sprach den Wunsch aus, es möge als Parteifrage erklärt werden, daß Gegner der kirchenpolitischen Vorlage in Verbands der Partei nicht bleiben könnten. Die Partei entspreche unter stürmischer Zustimmung diesem Wunsche.

— In Folge der am Montag stattgehabten Versammlung der Rechten ist die ministerielle Krisis in Belgien vollständig beigelegt; die Regierung wird daher demnächst einen Gesetzentwurf über die proportionelle Vertretung einbringen. — Das Schloß des Königs von Belgien zu Laeken, das vor drei Jahren bis auf den Grund niederbrannte, ist jetzt vollständig wieder aufgebaut. Der Wiederaufbau erfolgte in der Hauptsache nach den Plänen des alten Schloßes, nur wurde anstatt der Holzkonstruktionen jetzt überall Stein und Eisen zur Verwendung gebracht. Das Schloß besteht aus einem von einer mächtigen Knappel überragten Mittelbau, aus dem links und rechts ein Seitenflügel vorspringt. Sämtliche Werke der Bildhauerei und Malerei, die das wiederhergestellte Schloß schmücken, sind aus den Händen der ersten belgischen Künstler hervorgegangen. — Nach einer am 13. ds. veröffentlichten königlichen Verfügung sollen diejenigen ausländischen Gegenstände, welche für die Ausstellung in Antwerpen bestimmt sind, provisorisch von den Eingangszöllen befreit sein, unter der Bedingung, daß diese Gegenstände wieder ausgeführt werden. — Die „Independence belge“ meldet nach Privatbriefen, daß die Expedition am oberen Uelle im Namen des Kongostaates mit den bedeutendsten Sultannaten des zum Nil führenden Gebiets Freundschaftsverträge abgeschlossen habe. An die Stelle von Kerchovans in der Führung der Expedition sei Hauptmann Baert getreten. Die Expedition rückte ungehindert vor. In Bomolandi solle eine neue Station gegründet werden.

— Frankreich hat seine 4½ procentige Rente in eine 3½ procentige verwandelt. Die dadurch herbeigeführte Zinsersparniß beträgt 68 Millionen Francs jährlich. Nach dem vom Finanzminister Burdeau eingebrachten Gesetzentwurf werden die Inhaber für jedes Stück 4½ procentiger ein solches 3½ procentiger erhalten mit Zinsgenuß vom 16. Februar ab und der Garantie, daß vor dem Jahre 1902 eine neue Konversion nicht stattfinden wird. Auf den Antrag Burdeaus wurde der Entwurf mit 340 gegen 144 Stimmen der Kreditkommission überwiesen. Die Kreditkommission hat nach kurzer Debatte die Konversions-Vorlage einstimmig angenommen. Poincaré wurde zum Referenten gewählt. Derselbe erstattete am Dienstag der Kammer einen Bericht und beantragte die Dringlichkeit. Die Versuche Jaurès', die Erträge der Konversion im Interesse bestimmter Kategorien von Steuerzahlern gesetzlich festzulegen, wurden vom Ministerpräsidenten energisch bekämpft, und schließlich die Regierungsvorlage mit 495 gegen eine Stimme angenommen. Zur Durchführung der Operation wird ein Kredit von 3850 000 Francs in Anspruch genommen. Wie viel die Börse daran sonst noch verdient, entzieht sich der Schätzung. — Herr Dupuy hat am Montag das Präsidium der Deputirtenkammer wieder übernommen. Er betonte in seiner Ansprache, daß das Land ernsthafte Arbeit und ruhige, würdige Beratungen erwarte.

— Die Zustände in Italien sind fortwährend recht unruhigender Art. Es zuckt und fiebert in allen Theilen des Landes, und an vielen Punkten kommt die Empörung zum offenen Ausbruch. Anarchisten, Sozialdemokraten und sonstige Unzufriedene benutzen die, gleichviel von wem und wodurch gebotene Veranlassung, um ihrem Mißmuth mit südlischer Festigkeit einen möglichst starken Ausdruck zu geben. Sehr kühn sieht es augenblicklich in Carrara aus, wo die Unruhstifter Tausende von Marmorarbeitern zum Streike geradezu gezwungen haben, und wo Polizei und Truppen sich